

## Wien-Wahl: Keine Frage des Geschmacks

Andreas Mailath-Pokorny will Kulturstadtrat bleiben. Nach 15 Jahren im Amt hat er vieles erreicht und wenige verärgert

*Falter, 16. September 2015*

Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny hat keine Angst, weder vor Heinz-Christian Strache noch vor den Flüchtlingen. Der eine wird nicht Bürgermeister werden, und den anderen müsse man einfach helfen. "Jeder, der sich engagiert, wiegt mehrere tausend Hassposter auf", sagt er. Mailath-Pokorny ist sichtlich bewegt von der Hilfsbereitschaft der Wiener und der Tatkraft der eigenen Stadtregierung. "Es ist so banal wie pathetisch, wir Sozialdemokraten kämpfen für eine gute Sache." Und was hat das alles mit Kulturpolitik zu tun? "Kulturpolitik muss viele Facetten haben, aber es muss unbedingt eine Kultur der Menschlichkeit geben."

Es ist Wahlkampf, und der belebt die politischen Geister. Die Wiener Sozialdemokratie wacht aus ihrer Schreckstarre, ausgelöst durch den prognostizierten Stimmenzuwachs der Rechtspopulisten, wieder auf.

Im politischen Tagesgeschäft sind so hehre Gedanken selten zu finden. Da geht es sehr oft einfach nur ums Geld. Wer bekommt wie viel Förderung? Mailath-Pokorny (55) ist seit 2001 im Amt. Am Ende seiner dritten Legislaturperiode steht eine Bilanz, die sich sehen lassen kann.

Das Kulturbudget der Stadt wurde um die Hälfte erhöht und beläuft sich mittlerweile auf knapp 250 Millionen Euro. Zum Vergleich: Der Bund hat im Jahr etwa 430 Millionen zur Verfügung. Einige Theater wurden neu gegründet, der Neubau des Wien Museums beschlossen, und die Erinnerung an die NS-Zeit wurde durch neue Denkmäler ins öffentliche Bewusstsein gerückt.

Nach 15 Jahren im Amt gibt es zwar nur wenige, die Mailath-Pokorny gegen sich aufgebracht hat, die aber dafür umso mehr. In einer Pressekonferenz Anfang September verkündete die Interessengemeinschaft der freien Szene der Stadt, die IG Kultur Wien, ihren kollektiven Unmut.

Der Stadtrat zeige keine Dialogbereitschaft und beschäftige sich in erster Linie mit repräsentativer Selbstinszenierung. Außerdem stelle er nur 2,5 Prozent des Budgets für die freie Szene zur Verfügung, ungefähr sechs Millionen Euro. Zu wenig, finden die Kulturarbeiter. Die Künstlerinnen und Künstler erzählen aufschlussreiche Anekdoten aus ihren Erfahrungen mit der Förderpolitik. Der als eSeL bekannte Fotograf Lorenz Seidler suchte um 10.000 Euro an. Zugesagt wurden ihm schlussendlich nur 1500 Euro, aber nur, wenn er sein Ansuchen revidiere, also so tue, als hätte er nur um die geringe Summe angesucht. "Um seine Würde zu behalten, müsste man eigentlich auf das Geld verzichten. Aber 1500 Euro fallen auch nicht einfach so vom Himmel." Die bildende Künstlerin Karin Maria Pfeifer bekam schon einmal zu hören, dass ihr Antrag ein typischer "Frauenantrag" sei: Wer um so wenig Geld ansuche, könne gar nicht förderungswürdig sein. Da wiehert der Amtsschimmel.

Wenn sich das so zugetragen habe, tue ihm das leid, sagt Mailath-Pokorny im Gespräch mit dem Falter. Er vertraue seinen Beamten, aber so etwas dürfe nicht passieren. Dass die Förderanträge so gehandhabt werden, wie Seidler erzählt, findet der Stadtrat zwar auch nicht sinnvoll. Allerdings hatte der Stadtrechnungshof auf dieser Vorgehensweise bestanden, um zu verhindern, dass Künstler den Betrag ausgeben, den sie ursprünglich beantragten, und die Stadt für ihr Minus aufkommen muss. "Ich werde das ändern. Es soll jeder um so viel ansuchen können, wie er will, muss aber dann akzeptieren, wenn nicht alles bewilligt wird", sagt Mailath-Pokorny.

Grundsätzlich kann er die Kritik der IG Kultur aber kaum nachvollziehen, zum Beispiel, dass er nicht mit ihr kommuniziere. Heuer habe es bereits sechs Gespräche gegeben, auch würden die Zahlen nicht stimmen. Nicht 2,5, sondern 20 Prozent des Budgets stünden der freien Szene zu Verfügung.

Man ist sich offenbar nicht einig, wer als "frei" gelten soll. Während man im Kulturamt auch Häuser wie das Brut zur freien Szene zählt, die Auftrittsmöglichkeiten für freie Gruppen bieten, sieht die IG Kultur nur jene als wirklich "frei" an, deren Leitungen nicht von der Stadt Wien bestellt werden, also in erster Linie kleine Vereine.

Eine Definition steht aus. Wie Willi Hejda von der IG Kultur ausführt, gehe es aber nicht nur um Geld, sondern auch um Wertschätzung: "Wir haben den Eindruck, dass wir uns in die Entscheidungsprozesse immer hineinreklamieren müssen. Wir müssen jahrelang lästig sein, bis etwas passiert."

Sechs Jahre habe man zum Beispiel herumgestritten, um durchzusetzen, dass kleine Förderbeträge bis zu 5000 Euro administrativ weniger aufwendig behandelt werden als die großen.

Ein Reizthema in der Wiener Kulturpolitik bleiben die Vereinigten Bühnen Wien (VBW). Der Konzern bekommt den größten Brocken des Kulturbudgets und steckt es in Musicals und Opern. Als den VBW die Insolvenz drohte, wurde die Subvention erneut aufgestockt, um mehr als vier Millionen auf 42 Millionen Euro.

Dass die VBW nun fast die Hälfte des Wiener Theaterbudgets für sich beanspruchen, stößt in der Kulturszene auf

Unverständnis. Doch Mailath-Pokorny steht dazu. Die VBW seien ein Teil der kulturellen Vielfalt. "Wir sprechen hier von Geschmack, das sollte man endlich auch einmal zugeben", sagt der Stadtrat. "Nur weil manchen Musicals nicht gefallen, werde ich nicht die Förderungen dafür streichen."

Man habe sich dafür entschieden, Musical in Wien in historischen Häusern stattfinden zu lassen, nämlich im Raimundtheater und im Ronacher, und nicht in Plastikzelten wie anderswo. "Das kostet Geld." Außerdem fließe ungefähr die Hälfte der 42 Millionen Euro ohnehin in die Hochkultur, das Theater an der Wien.

Währenddessen kämpfen Wiens Klein- und Mittelbühnen mit einem de facto sinkenden Budget, weil es keine Indexanpassung gibt. Zum Beispiel das Tanzquartier: Die satte Subvention von knapp drei Millionen Euro bei der Gründung des Hauses 2001 sei nun um mehr als 600.000 Euro weniger wert, sagt Tanzquartier-Leiter Walter Heun: "Die Stadt tut sehr viel für Kultur, aber das Engagement für zeitgenössische Künste stagniert derzeit." Internationale Standards sind da nur mit Drittmitteln aufrechtzuerhalten.

Das findet auch Thomas Frank, Mitbegründer und ehemaliger Leiter des Brut. Das Brut wurde 2007 im Zuge der Theaterreform gegründet und ist eine Plattform für Performancekunst. Die Theaterreform - für Mailath-Pokorny nach wie vor eines der wichtigsten Projekte seiner Amtszeit - sollte die Wiener Off-Theater-Szene stärken, indem die Förderungen gezielter und nicht mehr nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden. Kritisiert wird, dass die Theater trotzdem nach wie vor chronisch unterfinanziert sind.

Die sogenannte Konzeptförderung für Häuser wie das Brut wird für vier Jahre vergeben. Neben der Einzelprojektförderung können Gruppen auch Förderverträge für ein, zwei oder vier Jahre bekommen. Mehrere Jahre im Voraus planen zu können bedeute mehr Sicherheit und schaffe die Voraussetzung dafür, die Projekte auch international zu vernetzen, sagt Thomas Frank und fügt hinzu: "Das Kulturstadtrat war immer ein verlässlicher Partner. Es war zwar manchmal schwierig, sich zu einigen, aber die Laufzeiten und Verträge wurden stets eingehalten." Besonders eingesetzt hat sich Mailath-Pokorny für Erinnerungskultur. 2014 bekam Wien ein Denkmal für die Opfer der NS-Militärjustiz auf dem Ballhausplatz, und am 8. Mai findet seit 2013 jedes Jahr im Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkriegs das "Fest der Freude" auf dem Heldenplatz statt.

Kritik an der Kulturpolitik in Wien gibt es von der Opposition. Die Neos vermissen einen klar definierten Kulturauftrag, der an Leistungsvereinbarungen gekoppelt ist. Die FPÖ ortet Stillstand und will mehr Förderung für junge österreichische Künstler.

Der kulturpolitische Partner der aktuellen Legislaturperiode, der grüne Kultursprecher Klaus Werner-Lobo, lobt die Zusammenarbeit. Man habe sich gut ergänzt. Er habe von der SPÖ ein bisschen Pragmatismus gelernt, die SPÖ wiederum habe von seinem "Sturm und Drang" profitiert. Auch Wolfgang Kos, scheidender Direktor des Wien Museums und mit Mailath lange im Clinch über den Standort für einen Neubau, zieht eine positive Bilanz: "In all den Jahren gab es keine einzige Intervention oder Einflussnahme."

Anders als etwa Kulturstadträtin Ursula Pasterk (SPÖ) in den 80ern steht Mailath-Pokorny nicht für Umbruch, sondern für eine solide Weiterentwicklung des Bestehenden. Das Kulturstadtrat bleibt, so oder so, ein Leichtgewicht der Stadtregerung. Die große Politik, durch Inserate und Medienkooperationen in Szene gesetzt, passiert in anderen Ressorts. Auf seine beruflichen Pläne angesprochen, stellt Mailath klar: Er will Stadtrat bleiben. Und dementiert Gerüchte, wonach er in die Bundespolitik gehen oder gar Chef der Bundestheater-Holding werden wolle. Und sollte die SPÖ verlieren?"Ich habe einen Kopf, ich habe zwei Hände. Dann werde ich etwas anderes machen."

Von Theaterreform bis Deserteursdenkmal: Andreas Mailath-Pokornys Projekte

Theaterreform: Die Idee war die Stärkung der Wiener Off-Theater-Szene, Förderungen werden über mehrere Jahre gewährt, das soll Planungssicherheit bringen. Erinnerungskultur: Das Deserteursdenkmal wurde errichtet, am 8. Mai findet nun ein "Fest der Freude" statt, und viele Kunstwerke wurden restituiert

Die Vereinigten Bühnen Wien Zum Ärger der anderen Förderempfänger wurden die Subventionen für den Theaterkonzern um vier Millionen Euro erhöht

Wien Museum Nach langer Planung bleibt das Museum doch am Karlsplatz und bekommt einen Zubau. Dadurch soll sich die Fläche fast verdoppeln.

Stefanie Panzenböck